

Politische Partizipation junger Menschen

Jörg Tremmel/Markus Rutsche (Hrsg.):
Politische Beteiligung junger Menschen.
Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien.

Springer VS Verlag, Wiesbaden 2016.
498 Seiten, 44,99 Euro.

Der von den beiden Politologen Jörg Tremmel und Markus Rutsche herausgegebene Sammelband, der sich aus empirischer und normativer Sicht mit den Formen und Bedingungen der politischen Partizipation junger Menschen beschäftigt, ist ein mustergültiges Beispiel, wie man Studierende für politikwissenschaftliche Fragestellungen interessieren kann. Die Beiträge des Sammelbandes wurden ungefähr zur Hälfte von Studierenden und Teilnehmenden eines „Buchseminars“ an der Universität Tübingen, zur anderen Hälfte von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis geschrieben. Es war mithin erklärte Intention des Buchprojektes, Studierende als Forschende ernst zu nehmen und ihnen gleichzeitig ein Publikationsforum zu bieten. Initiiert und über zwei Semester hinweg begleitet wurde das Publikationsvorhaben von Jörg Tremmel und Markus Rutsche. Jörg Tremmel war bis 2016 Juniorprofessor für Generationengerechte Politik am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Markus Rutsche ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität St. Gallen und promoviert am dortigen Doktoratsprogramm „International Affairs and Political Economy“. Zuvor war er wissenschaftliche Hilfskraft am Arbeitsbereich für Generationengerechte Politik des Tübinger Instituts für Politikwissenschaft.

Der Untertitel des Sammelbandes fasst die drei großen Blöcke des Buches prägnant zusammen. Eine Rezension kann den insgesamt 20 Beiträgen nicht umfassend gerecht werden. Exemplarisch sollen daher im Folgenden einige wenige Buchbeiträge aus den drei Blöcken eingehender, andere eher summarisch skizziert werden. Der erste Block vereint vier einführende bzw. in systematischer Absicht konzipierte Beiträge. Eröffnet wird der Themenblock mit einem Beitrag von Wolfgang Gaiser, Winfried Krüger, Johann de Rijke (ehemalige Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts in München) und Franziska Wächter (Evangelische Hochschule Dresden). In gewohnt solider Art und Weise geht der Beitrag auf das politische Interesse Jugendlicher ein und betrachtet das breite Spektrum partizipatorischer politischer Verhaltensweisen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Die Palette reicht hierbei von Wahlen (als konventionelle Beteiligungsform) bis hin zum Protest, zur Teilnahme an Demonstrationen oder auch zum Konsumboykott (*buykott*). Die Auswertung der breiten empirischen Datenbasis legt den Schluss nahe, dass Politik – neben Kunst, Kultur und Religion – zu den am wenigsten bedeutsamen Lebensbereichen von Jugendlichen zählt. Trotz gewisser Schwankungen lässt sich im Zeitvergleich keine kontinuierliche Abnahme des politischen Interesses konstatieren. Auch die aktuelle Shell Jugendstudie 2015 stellt nach Jahren eher verhaltenen Interesses wieder einen leichten Anstieg des politischen Interesses junger Menschen fest. Mit Blick auf die Partizipationsformen steht

die Beteiligung an Wahlen mit Abstand nach wie vor an erster Stelle der Partizipationsformen (94 Prozent bekunden ihre Bereitschaft, 87 Prozent bestätigen die tatsächliche Handlung). Erst danach folgen die Beteiligung an Unterschriftensammlungen (87 Prozent) und die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen (65 Prozent). Die aktive Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder in einer Partei kommt auf fünf bzw. vier Prozentpunkte und damit auf die hinteren Listenplätze. Auch das Internet kann keine sonderlich guten Werte verbuchen: Für politische Aktivitäten wird es im Schnitt von nur etwa jedem zehnten Jugendlichen genutzt. Norbert Kersting (Universität Münster) konkretisiert in seinem Beitrag „Jugend und politische Partizipation: Online- oder Offline-Beteiligung“ im vorliegenden Band (S. 254ff.), dass Onlinepartizipation eher dem demonstrativen Beteiligungsbereich zuzuordnen ist, einen stark expressiven Charakter hat und häufig auf die Konstruktion von (jugendlicher) Identität abhebt. Die Wahrscheinlichkeit, politisch aktiv zu werden, ist – so ein zentrales Ergebnis von Wolfgang Gaiser u. a. – stark abhängig von den Bildungsressourcen und der Zugehörigkeit zu sozialen Bewegungen und/oder sozialen Netzwerken. Insofern erklärt sich auch das abschließende Plädoyer, im Bildungssystem die Ausbildung demokratischer Kompetenzen zu forcieren und eine demokratische Partizipationspraxis für Schülerinnen und Schüler zu etablieren.

Der renommierte Sozialisationsexperte und Mitherausgeber mehrerer Shell Jugendstudien Klaus Hurrelmann geht zusammen mit Mathias Albert (Universität Bielefeld) und Gudrun Quenzel (Universität Dortmund) der Frage nach, ob es in der Bundesrepublik Deutschland zu ähnlichen Jugendprotesten kommen kann, wie unlängst in einigen südeuropäischen Ländern. Von der „pragmatischen Generation“ – so das Fazit – sind solche Proteste nicht zu erwarten. Die wenig an Politik interessierten bundesdeutschen Jugendlichen sind in das Bildungssystem und in zumeist gesicherte Beschäftigungsverhältnisse eingebunden. Zwei weitere Beiträge über Partizipation in und durch politische Bildung sowie über die Beteiligung von Kindern runden den ersten Teil des Buches ab.

Der zweite Block des Bandes zeigt Perspektiven auf. Die überwiegend normativ ausgerichteten Beiträge fokussieren neuartige Beteiligungsformen und entwerfen dabei in die Zukunft gerichtete Szenarien. Jörg Tremmel zeigt in seinem Beitrag auf, dass der pauschale Ausschluss Minderjähriger vom Wahlrecht den normativen Begründungen der Demokratie – vor allem dem Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen – widerspricht. Er geht dabei auch der Frage nach, ob das Kriterium „Alter“ (z. B. das aktive Wahlrecht ab 18 bei der Landtags-, Bundestags- und bei der Europawahl) überhaupt noch angemessen ist angesichts gewandelter Sozialisationsverläufe Jugendlicher. Auf der praktischen Ebene angesiedelt ist sein pragmatischer Vorschlag, Jugendlichen altersunabhängig das Recht einzuräumen, sich in ein Wählerverzeichnis einzutragen. Jörg Tremmel plädiert für ein altersunabhängiges Recht auf Eintragung in eine Wählerliste aller *wahlwilligen* jungen Deutschen, d. h. ausschlaggebend ist die Willensbekundung und nicht die Altersgrenze. Konkret wird gefordert, es Unterachtzehnjährigen zu ermöglichen, das Wahlrecht ab

einem von ihnen selbst gewählten Zeitpunkt mittels einer Willenserklärung in Anspruch zu nehmen (S. 130ff.). Nach diesem Modell werden also große Anteile älterer Kinder und junger Jugendlicher auch zukünftig nicht das Wahlrecht haben. Das von Jörg Tremmel vorgeschlagene Modell trägt vor allem der Gradualität des Reifungsprozesses von Heranwachsenden und Jugendlichen Rechnung.

Nicholas Munn (University of Waikato, Neuseeland) geht in seinem, dem gleichen Block zugeordneten Beitrag noch weiter und plädiert engagiert für Wahleignungstests für junge Menschen. Wohl wissend, dass dies auf Widerspruch stoßen und kontroverse Debatten auslösen könnte, setzt er sich mit einer Reihe von Einwänden gegen seinen Vorschlag auseinander. In einem weiteren Teil des Blocks „Perspektiven“ werden Jugend- und Nachwuchsquoten – ein gänzlich neues politikwissenschaftliches Themenfeld – diskutiert. In diesem Block wird auch die Jugendbeteiligung im Internet aufgegriffen. Der gemeinsame Tenor zweier Beiträge lautet: Das Internet ist kein „Wundermittel“ zur politischen Mobilisierung junger Menschen. Bloße Technikfaszination ohne „Demokratiekompetenz“ reicht nicht aus!

Der dritte Block enthält Fallstudien zur Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg. Drei der insgesamt sieben Beiträge sollen im Folgenden kurz skizziert werden. Sebastian Müller und Urs Unkauf arbeiten konzipiert heraus, welche strukturellen und vor allem personellen Voraussetzungen bei Jugendgemeinderäten (und bei vergleichbaren Partizipationsformen) gegeben sein müssen, damit die Beteiligung junger Menschen auch wirklich gelingt. Nach einem knapp gehaltenen Überblick über die in Baden-Würt-

temberg gegebenen Möglichkeiten für Jugendliche, sich kommunalpolitisch zu beteiligen, werden Geschichte und Struktur der Jugendgemeinderäte skizziert. Anhand zweier Jugendgemeinderäte (Hechingen und Pforzheim) werden wesentliche Gelingensbedingungen für eine funktionierende Arbeit der Jugendgemeinderäte dargestellt: Ausschlaggebend ist zunächst die aktive und unterstützende Rolle der Kommunalverwaltung bzw. der kommunalen Organe (Bürgermeister und Rat). Weitere wichtige Gesichtspunkte sind die Akzeptanz der aus dem Jugendgemeinderat kommenden Vorschläge und Ideen seitens kommunaler Organe sowie die Bereitstellung entsprechender Ressourcen (z. B. einen eigenen Etat), die Einfluss auf die materiellen Gestaltungsspielräume der Jugendgemeinderäte haben. Tobias B. Bacherle, Student an der Universität Tübingen und seit 2104 jüngstes Mitglied des Sindelfinger Gemeinderats, geht in seinem Beitrag mehreren Fragen nach: (1) Welchen Anteil hatten junge Menschen auf den Wahllisten der Kommunalwahl 2014, bei der erstmalig das aktive Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt wurde? (2) Wie waren junge Menschen – relativ zu ihrem Anteil an der Bevölkerung – repräsentiert? (3) Wie erfolversprechend waren junge Menschen auf den Wahlvorschlägen platziert (und wie „lukrativ“ waren die Listenplätze)? (4) Wie viele junge Menschen wurden gewählt, und inwiefern war dies aufgrund ihrer Platzierung auf den Wahllisten zu erwarten? (vgl. S. 342ff.). Sechs ausgewählte Städte (Waiblingen, Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und Stuttgart) werden hierbei mit einem sorgfältig erarbeiteten empirischen Instrumentarium unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse fallen reichlich nüchtern aus: Junge

Planspiel: Flüchtlinge willkommen?

Flüchtlingspolitik und Willkommenskultur vor Ort gestalten



Erneut ist bei der Landeszentrale ein Planspiel erschienen, das sich mit der Asyl- und Flüchtlingsthematik befasst. Im Planspiel wird eine Einwohnerversammlung simuliert, bei der es darum geht, wie eine Kommune mit der Aufnahme von Flüchtlingen umgeht und wie Willkommenskultur und Integration vor Ort gelingen kann. Das Planspiel bietet die Möglichkeit, sich mit den aktuellen Entwicklungen auseinanderzusetzen, kommunale Entscheidungsprozesse zu verstehen und Strukturen nachzuvollziehen. Die Themen Integration und Willkommenskultur können so vermittelt werden. Das Heft enthält eine thematische Einführung sowie methodische und didaktische Hinweise.

Das Planspiel eignet sich für den Einsatz an allen weiterführenden Schulen ab der 8. Klasse und kann in der außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen ab 14 Jahren genutzt werden. Zusatzmaterialien zum Planspiel finden sich im Internet: www.lpb-heidelberg.de/planspiel_fluechtlinge_willkomme.html.

Menschen haben (bei den allermeisten Parteien) auf den untersuchten Listen relativ wenig Plätze belegt. Gemessen an ihrem Anteil an der nominierbaren Bevölkerung waren sie auf den Listen der Parteien unterrepräsentiert. Das ernüchternde Ergebnis dieser empirischen Studie macht deutlich, dass es den Parteien anlässlich der Kommunalwahl 2014 nicht gelungen ist, verstärkt junge Kandidaten und Kandidatinnen anzusprechen und einzubinden.

In vielen Beiträgen des Buches wird immer wieder thematisiert, welchen Beitrag die Schule als Sozialisationsagentur leisten kann (bzw. könnte oder sollte), um demokratische Kompetenzen und Beteiligungsmöglichkeiten zu vermitteln. Es geht dabei um die Frage, wie Lehrerinnen, Lehrer, Kinder und Jugendliche lernen, ihr schulisches Zusammenleben demokratisch zu gestalten und zu regeln (und welche Probleme und Konflikte sie dabei bewältigen müssen). Annika Franz räumt in ihrem Beitrag über Mitbestimmung in der Schule mit einer „magischen Grundvorstellung“ der Pädagogik auf. Die Schule wird allzu oft mit der Polymetapher ideell überfrachtet. Demokratie als „Ernstfall“ kann in der Schule nur sehr eingeschränkt gelingen. Demokratieerfahrungen mit der Mikropolitik einer Schule können nicht einfach auf die Makropolitik komplexer Gesellschaften übertragen werden. Drei Beispiele schulischer Mitverantwortung, die von Annika Franz einer Analyse unterzogen werden, mahnen zu eher bescheidenen (Qualitäts-)Standards gelingender schulischer Mitverantwortung. Eine ernsthafte Beteiligung, die sich an den Schülerinnen und Schülern orientiert, muss niederschwellig und kontinuierlich sein. Und sie muss vor allem Unterstützung erfahren durch Schlüsselpersonen, d. h. durch unterstützende und engagierte Lehrkräfte und Schulleitungen. Annika Franz plädiert für die Schaffung von „Möglichkeitsräumen“, in denen altersgemäße Partizipationsformen realisierbar sind.

Das Buch wendet sich an Studierende, Lehrende und Wissenschaftler gleichermaßen. Der dritte Teil dürfte vor allem für Praktikerinnen und Praktiker im Bereich der politischen Bildung interessant sein. Der umfangreiche dritte Teil des Buches – die Fallstudien zur Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg – bietet eine Analyse und gleichzeitigen Überblick über die verschiedenen Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung im Südwesten. Mehr noch: er benennt Bedingungen und Standards für gelingende Partizipation. Großes Lob gebührt den beiden Herausgebern Jörg Tremmel und Markus Rutsche, die sich im Laufe zweier Semester intensiv mit Studierenden auseinandergesetzt und deren Schreibprozess ermunternd und konstruktiv begleitet haben. Die hauptsächlich im dritten Block angesiedelten Beiträge der Studierenden zeichnen sich allesamt durch eine gründliche theoretische Fundierung aus. Dementsprechend differenziert werden die Fragestellungen der jeweiligen Beiträge und die Vorgehensweise bzw. das empirische Instrumentarium benannt. Das nicht alltägliche Unterfangen, junge Studierende für eine politologische Fragestellung zu begeistern, spiegelt sich in den Beiträgen wider. Entstanden ist ein Buch, dem man viele interessierte Leserinnen und Leser wünscht.

Siegfried Frech

Politische Beteiligung junger Menschen

Wolfgang Gaiser/Stefanie Hanke/Kerstin Ott (Hrsg.): **Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015.**

Dietz Verlag, Bonn 2016.
200 Seiten, 14,90 Euro.

Wie, wo und warum engagieren sich Jugendliche heute politisch? Wie sehen sie die Parteien? Sind sie überhaupt bereit, in eine Partei einzutreten? Und wenn ja, welche Jugendlichen sind das? Und welche Rückschlüsse lassen sich daraus für Politik und (politische) Bildung ziehen, um die politische Beteiligung junger Menschen zu fördern?

Diesen Kernfragen geht die FES-Jugendstudie 2015 nach. In über 2.000 quantitativen und qualitativen Interviews gibt die aktuelle Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung Antworten auf eben diese Fragen. Konzeption und Durchführung der Studie entstanden in enger Kooperation zwischen dem Deutschen Jugendinstitut, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem infas-Institut für angewandte Sozialwissenschaft. Das Buch, das die theorie- und praxisbezogenen empirischen Ergebnisse verständlich und anschaulich zugleich präsentiert, wurde von einem Team herausgegeben: Wolfgang Gaiser, von 1972 bis 2011 am Deutschen Jugendinstitut e. V. in München tätig, ist ein renommierter Experte der Jugend- und Partizipationsforschung. Die Soziologin Stefanie Hanke leitet das Forum Jugend und Politik in der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Erziehungswissenschaftlerin Kerstin Ott ist ebenfalls Mitarbeiterin im Forum Jugend und Politik. Auf einer soliden und breiten Datengrundlage widmet sich die FES-Jugendstudie dem politischen Interesse und der politischen Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener. Dabei werden Herkunft, Alter und Bildung, aber auch die Geschlechter(un)gleichheit in den Blick genommen und in Bezug zum Engagement von Jugendlichen in europäischen Nachbarländern gesetzt. Abschließend bewerten die Autorinnen und Autoren des Buches die Ergebnisse der Studie mit Blick auf demokratietheoretische Fragestellungen und Einstellungen zu sozialdemokratischen Wertemustern. Die Anfang des Jahres 2015 durchgeführte Studie fokussiert inhaltlich eine besonders breite Vielfalt von Beteiligungsformen, Differenzierungen und Einflussfaktoren sowie in einem qualitativen Teil die Sicht politisch aktiver Jugendlicher auf ihr Engagement.

Zur technischen Durchführung dieser Erhebung konnte auf den Adressen- und Datenbestand der Erhebungen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des infas-Instituts für angewandte Sozialwissenschaft zurückgegriffen werden. Die Fragestellungen nehmen zudem systematisch Bezug auf die Befragungen des DJI-Surveys AID:A („Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“) (vgl. www.dji.de/aida).

Es ist immer schwierig, allen Beiträgen eines Sammelbandes in einer Rezension gerecht zu werden. Im Folgenden wird daher ein knapper Überblick über die im Buch enthaltenen Beiträge gegeben.

Eingangs beschreiben Jacob Steinwede, Katharina Sandbrink und Julian von der Burg vom infas-Institut für angewandte Sozialwissenschaft in dem Beitrag *Jung – politisch*